

## Mehr als Tarifpolitik

Warum neue verteilungspolitische Allianzen in Europa nötig sind. Seite 18



## Auf dem Sprung

Gute Nachrichten am Weltkatzentag: Wildkatzen sind im Kommen. Seite 20

Foto: imago/blickwinkel

## Diktaturkomplize VW

Wie der Konzern in Brasilien in Folter verstrickt war. Seite 10

Foto: dpa/VW do Brasil



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 8. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 183

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Wahl-Demenz

René Heilig kauft der SPD die Rüstungsverweigerung nicht ab

Frieden ist gut! Rüstung ist böse! Wir von der SPD sind die Guten! Hallo, SPD – mal zur Erinnerung: 2014 beschloss die NATO, dass alle Mitgliedsstaaten zwei Prozent ihrer Bruttoinlandsprodukte (oder mehr) für das Militär ausgeben wollen. Um das Ziel zu erreichen, setzte man sich eine Frist von zehn Jahren. Diese Selbstverpflichtung unter dem Diktat der USA wiederholte man beim Warschauer Gipfel vor einem Jahr. Wer war da deutscher Außenminister und Vizekanzler?

Längst ist auch in Deutschland eine – wie es heißt – »entsprechende Trendwende in Bezug auf Finanzen, Personal und Material eingeleitet worden«. Mit dem von der Bundesregierung erst im Juni 2017 beschlossenen Entwurf zum Bundeshaushalt 2018 und zum Finanzplan bis 2021 steigen die Ausgaben des betreffenden Einzelplans 14 von 37 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 42,4 Milliarden Euro im Jahr 2021. Hallo, SPD – die Vorgaben tragen auch deine Unterschrift, ihr Sozis regiert mit. Zumindest noch.

Die von der Leyen sagt: Euer Wahlkampf ist total verkorkt. Stimmt! Euch von der SPD glaubt doch ohnehin niemand, dass ihr die NATO schwächen oder gar abschaffen wollt, wie einige wirklich Linke. Gerade deshalb sollten sich verantwortliche Sozialdemokraten ernsthaft Sorgen machen um das Bündnis, in dem Trump irrlüchert und zu einem zusätzlichen globalen Risiko geworden ist. Also, SPD, wagst du es, statt bis zwei sogar bis drei zu zählen? Diese Prozentzahl in BIP-Milliarden umgerechnet, wäre gut investiert für mehr Sicherheit durch ehrliche Entwicklungshilfe.

## UNTEN LINKS

An dieser Stelle eine wahre Geschichte aus der Welt des neuen **Dudens**: Wenn die Wutbürgerin mit dem Undercut im Jumpsuit zum Drohnenangriff der Flexitarien ein Schmähdgedicht verfasst, heißt es von allen Seiten: Fake News. Aber sie, total abgezockt: »Bleibt doch in eurer Filterblase, ihr Volksverräter!« Hätte sie mal lieber was zum Kopftuchstreit oder zur Willkommenskultur geschrieben oder zur Merkel, Angela; die. Aber irgendein Honk, kein Social Bot, hat es geklickt, woraufhin ihn Hunderte entfremden, was ihm nur ein müdes Arschrunzeln entlockt. Jetzt sind die Zeilen in der Welt und nun ist nichts mehr mit Hygge. In den folgenden Tagen steigt die Hasskriminalität ins Unermessliche. Keiner traut sich mehr raus. Die Work-Life-Balance ist total futschikato, nicht mal tindern ist mehr drin. Soll es das gewesen sein, ein Leben auf Ramschniveau? Nein, ein Mutiger, einer mit Jobaussichten, macht sich auf den Weg, die Welt zu retten. Im Späti brennt noch Licht. cod

ISSN 0323-3375



# Das bisschen Internet

Für die Digitalisierung sind alle, irgendwie. Was fordern die Parteien?

Berlin. Alle Parteien wollen die »Chancen der Digitalisierung nutzen«. Breitbandinternet für alle und das digitale Klassenzimmer, das wollen alle, doch sonst finden sich viele Phrasen in den Wahlprogrammen. Die Digitalisierung »keine Rolle« im Wahlkampf, sagt der Techniksoziologe Philipp Staab von der Uni Kassel. Doch es gibt Unterschiede und auch konkrete Vorschläge. Die digitalisierungsbegeisterte Union will den Datenschutz aufweichen, damit Daten besser wirtschaftlich verwertet werden können, die CSU fokussiert auf eine schlagkräftige Cyberabwehr und die SPD bietet für alle etwas.

Ein echtes Umdenken – vor allem in der Öffentlichkeit – habe noch nicht stattgefunden, meint Beobachter Staab. Studien bescheinigen Deutschlands Wirtschaft bei der Digitalisierung nur Mittelmaß. Wie das zu ändern ist, dazu schreiben vor allem Grüne und FDP viel in ihren Programmen. Die Grünen setzen auf digitalen Verbraucherschutz und wollen in »extremen Fällen« Monopole großer Internet-Konzerne »entflechten«. Die FDP als Anwalt der Digitalwirtschaft will bessere Bedingungen für Start-ups und die Online-Klage. Während sich die Linkspartei dem digitalen Prekariat andient und ein Exportverbot für Internetsperren-Technologie fordert, setzt sich die AfD gegen »Abmahnvereine« ein. Ein bisschen mehr Internet, ein paar mehr Roboter, so wurschtelt sich Deutschland in Richtung Digitalisierung. mwi

Seite 3

Abb.: 123rf/Stasyuk Stanislav [M]

## Bundeswehr bekommt »EuroHawk«-Ersatz

Von der Leyen betont Zwei-Prozent-Rüstungszusage an die NATO und kritisiert Verweigerung der SPD

**Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat Kritik an der geplanten massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben zurückgewiesen und wirft der SPD einen verkorkten Wahlkampf vor.**

Von René Heilig

Zurzeit gibt Deutschland rund 1,26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär aus, bis 2024 sollten es zwei Prozent sein. Dieses Soll haben sich die NATO-Staaten auf Druck der USA gesetzt. Die SPD hat diesen Beschluss mitgetragen und rudert nun zurück. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reagierte via Funke-Mediengruppe und weist die Kritik von Kanzlerkandidat Martin Schulz und Fraktionschef Thomas Oppermann zurück. Beide hatten moniert: Die Steigerung käme fast einer Verdoppelung der derzeitigen Verteidigungsausgaben von 37 Milliarden Euro gleich. Deutsch-

land wäre dann mit Abstand die größte Militärmacht Europas. Das könne niemand wollen, »allein aufgrund unserer Vergangenheit«. Von der Leyen antwortete: Die SPD lüge sich selbst in die Tasche, »wenn sie glaubt, dass Sicherheit in Europa billiger zu haben ist als unter dem Schuttdach der NATO«.

Was die SPD als nicht wünschenswerte Zukunft darstellt, hat mit ihrem Zutun und ihrer Protektion längst begonnen. Mehr Panzer, mehr Schiffe, mehr Munition, neue Hubschrauber, moderne Funktechnik. In der vergangenen schwarz-roten Legislaturperiode hat die Mehrheit des Haushaltsausschusses fast 80 sogenannte 25-Millionen-Vorlagen im Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro zur weiteren Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen. Eine besonders energisch vorangetriebene Beschaffung kam allerdings noch nicht durch. Es handelt sich um die »bewaff-

nungsfähige Drohne« Heron TP, die unter anderem von der Linksfraktion abgelehnt wird.

Auf eine Anfrage des LINKE-Haushalters Michael Leutert bestätigt das Verteidigungsministe-

»Zur Schließung der Fähigkeitslücke ... ist im Bereich High Altitude Long Endurance (HALE) ein Beschaffungsverfahren geplant.«

Aus der Antwort des Verteidigungsministeriums

rium, dass wegen der noch ausstehenden Debatten noch kein Vertrag geschlossen werden kann. Doch man halte an diesem wie anderen Projekten fest und analysiere bereits, welche finanziellen

und zeitlichen Auswirkungen sich durch eine »spätere Beauftragung« ergeben werden. Eine neue Ausschreibung für so eine Kampfdrohne werde es nicht geben.

Klar ist jedoch, dass man unabhängig von der Heron TP das eigene Kampfdrohnen-Projekt vorantreibt. Beteiligt sind Frankreich, Italien und Spanien. Staatssekretär Ralf Brauksiepe erwähnt jedoch noch ein anderes, höchst bemerkenswertes Bundeswehr-Beschaffungsvorhaben »zur Schließung der Fähigkeitslücke »Signalerfassende luftgestützte weiträumige Überwachung und Aufklärung«. Dabei handelt es sich um die Neuaufgabe des sogenannten »EuroHawk«-Projektes, dessen Pleite zu einem Untersuchungsausschuss geführt und von der Leyens Vorgänger Thomas de Maizière (CDU) fast das Amt gekostet hat. Die »Triton« wird wie die »Euro Hawk« vom US-Konzern Northrop Grumman gebaut.

## Oettinger bittet Briten zur Kasse

Haushaltskommissar meint, das Land müsse auch nach 2019 an EU zahlen

Berlin. Großbritannien muss nach Einschätzung von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger auch nach dem Austritt aus der Europäischen Union Beiträge an diese überweisen. »Die Briten werden auch nach dem Austritt 2019 noch für langfristige Programme zahlen müssen, die vor dem Brexit-Beschluss vereinbart wurden«, sagte der EU-Kommissar am Montag der »Bild«-Zeitung. Der Streit um die Kosten des Brexit – die sogenannte Brexit-Rechnung – gilt als eine der größten Hürden auf dem Weg zu einer gütlichen Scheidungsvereinbarung zwischen Großbritannien und der EU.

Aus London kamen unterdessen widersprüchliche Signale. Am Sonntag hatte der »Sunday Telegraph« Regierungskreise zitiert, wonach London eine Zahlung von 40 Milliarden Euro anbieten wolle. Zudem würde die Fortzahlung von EU-Beiträgen für eine Übergangsphase von bis zu drei Jahren in Erwägung gezogen, hieß es. Am Montag dementierte laut »Times« die britische Regierung von Theresa May den Bericht. dpa/nd

Seite 8

## Niedersachsen soll im Oktober wählen

Parteien einigen sich auf Termin jenseits der Bundestagswahl

Hannover. Drei Tage nach Beginn der Regierungskrise in Niedersachsen steht der Termin für die Neuwahl des Landtags fest. Das neue Parlament soll am 15. Oktober gewählt werden, wie Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Montag nach Gesprächen mit Vertretern der anderen Parteien und Fraktionen ankündigte. Landeswahlleiterin Ulrike Sachs hatte Bedenken gegen den Plan geäußert, die Abstimmung zusammen mit der Bundestagswahl am 24. September stattfinden zu lassen und zur Begründung auf juristische und organisatorische Hürden verwiesen. Die vorgezogene Wahl wird nötig, weil sich der Landtag nach dem Verlust der rot-grünen Mehrheit voraussichtlich auflöst.

Nach dem Verlust seiner Koalitionsmehrheit sieht sich Weil auch mit Vorwürfen im VW-Dieselskandal konfrontiert: Im Oktober 2015 hatte er eine Regierungserklärung zur VW-Affäre vorab an den Autokonzern gegeben, um diese rechtlich prüfen zu lassen. Vor allem aus Reihen der CDU kam dafür Kritik. dpa/nd

Seiten 4 und 5